

Der Euro sinkt und sinkt: Vor allem die Haushaltsmisere in Griechenland, aber auch die Warnungen vor Finanzproblemen in Spanien, Portugal und Irland lassen Anleger darauf wetten, dass die Gemeinschaftswährung weiter an Wert verliert. Mit ei-

Überhangstücken Währungsfonds

nem Europäischen Währungsfonds wollen sich die EU-Staaten nun rüsten, im Notfall bedrängten Euro-Ländern beizuspringen – und so den Kursverfall des

Euro zu stoppen. Das Phänomen ist indes nicht neu: Bereits in den Jahren 1992 und 1997 gerieten einzelne Währungen wie das britische Pfund oder der thailändische Baht massiv unter Druck. Drohen solche Entwicklungen nun auch beim Euro?

Eine Stütze für den Euro

Mit eine neuen Finanzfeuerwehr will die EU angeschlagene Staaten wie Griechenland retten. So soll es funktionieren

Von Claus Hulverscheidt

Berlin – Wer schon einmal die 19. Straße im Washingtoner Regierungsviertel in nördlicher Richtung entlang gelaufen ist, der wird den riesigen grau-braunen Betonklotz kurz vor der Einmündung in die Pennsylvania Avenue und schräg gegenüber vom gigantischen weißen Gebäude der Weltbank gesehen haben. „International Monetary Fund“ steht in eher kleinen Buchstaben auf einer der Marmorwände. Wer also wissen will, wie so ein Währungsfonds aussieht, zumindest von außen, kann sich hier informieren.

Ein ähnlich hässliches Bauwerk könnte eines Tages in Brüssel, Paris, Berlin oder Athen stehen, denn in der EU wird seit Tagen darüber diskutiert, ob angesichts der Schuldenprobleme Griechenlands nicht ein Pendant zum IWF, ein Europäischer Währungsfonds, kurz EWF, gegründet werden müsste. Was sich aber genau hinter dem eingängigen Kürzel verbirgt, darüber herrscht selbst bei den Diskutanten erhebliche Verwirrung: Manche haben eine neue Institution samt Mitarbeitern und Gebäude im Sinn, andere denken nur an einen neuen Geldtopf, wieder andere wollen nur das „Instrumentarium“ der Eurozoneländer im Kampf gegen Schuldenkrisen ausbauen.

Auch in Berlin wurde ein und dieselbe Idee zunächst sehr unterschiedlich interpretiert, wie konträre Aussagen aus dem Kanzleramt und dem Finanzministerium zeigen. Bezogen auf Griechenland besteht der Konflikt auch weiterhin: Angela Merkel will im Fall, dass die Regierung in Athen tatsächlich in Zahlungsschwierigkeiten gerät, den IWF einschalten; Wolfgang Schäuble plädiert dafür, dass Europa seine Probleme selbst löst. Für die Zeit danach jedoch kristallisiert sich langsam ein Modell heraus, mit dem sich sowohl die Kanzlerin als auch ihr Finanzminister immer mehr anfreunden.

Ausgangspunkt ist ein neues, sehr viel schärferes Überwachungs- und Sanktionsrecht der Euro-Finanzminister gegenüber den einzelnen Mitgliedsstaaten des Währungsverbands. Verstößt ein Land etwa gegen die verabredeten Haushaltsziele, sollen ihm künftig die Zuwendungen aus dem wichtigsten EU-Fördertopf, dem sogenannten Kohäsionsfonds, gestrichen werden. Besteht zudem der begründete Verdacht, dass die betroffene Regie-



rung Daten, die sie nach Brüssel melden muss, manipuliert, soll die EU-Statistikbehörde direkten Zugriff auf alle öffentlichen Konten erhalten. Wer nicht kooperiert, dem wird schließlich das Stimmrecht in der Eurogruppe, dem Gremium der Finanzminister, entzogen.

Nur wenn sich ein Land trotz aller Bemühungen tatsächlich nicht allein aus dem Sumpf ziehen kann, käme ein Europäischer Währungsfonds ins Spiel. Er sollte jedoch aus Sicht der Bundesregierung keine Konkurrenzinstitution zum IWF sein, sondern womöglich sogar Teil desselben: Dazu müssten die Euro-Staa-

ten ihre Kapitalanteile beim IWF bündeln, Hilfen für ein Eurozonenmitglied würden dann allein aus diesen Mitteln bezahlt. Direkte Kapitaleinlagen der EWF-Mitglieder – womöglich gar in Form von Steuergeldern, wie im hektischen Berlin bereits wieder gemutmaßt wird – wären also nicht nötig. Denkbar wäre allenfalls, dass die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Notenbanken zusätzliche Währungsreserven bereitstellen, wie sie das beim IWF auch tun.

Die Hilfen für ein Notlagenland sollen an strenge Auflagen geknüpft und mit hohen Zinsen versehen werden, damit sie

tatsächlich nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die betroffene Regierung alle Alternativen ausgeschöpft haben. Unmittelbar nach Ablauf des Hilfsprogramms müsste das Land zudem eine empfindliche Geldstrafe an die EU überweisen. Sollte sich die Regierung ungeachtet aller Unterstützung dauerhaft nicht in der Lage sehen, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen oder die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen, ziehen Merkel und Schäuble als letzten Schritt auch einen Ausschluss aus der Währungsunion in Betracht. Allerdings soll das Land Mitglied



der Europäischen Union (EU) bleiben und sich in einem langen Prozess auch wieder um eine Mitgliedschaft in der Eurozone bewerben können. Alternativ könnte sich die Regierung auch einem Insolvenzverfahren stellen. Noch gibt es allerdings kein solches Konkursrecht für Staaten, eine entsprechende Initiative der damaligen IWF-Vizechefin Anne Krueger war vor Jahren gescheitert.

Einen neuen grau-braunen Betonklotz braucht man für die Realisierung all dieser Pläne nicht. Zumindest in dieser Hinsicht können Paris, Brüssel, Berlin und Athen also beruhigt sein.